

München, 04.09.2019

Gefahr für Bevölkerung durch PFC-Umweltgifte drastisch höher als bisher angenommen

Bundesinstitut für Risikobewertung setzt Höchstmenge des Umweltgiftes PFOA um den Faktor 1750 herab - SPD-Umweltpolitiker von Brunn: Verantwortliche Minister Glauber und Huml müssen sofort handeln

Die Umweltgifte der Stoffgruppe PFC, zu der auch das in Altötting in hoher Konzentration gefundene PFOA gehört, sind offenbar deutlich gesundheitsschädlicher als bislang vermutet. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und infolgedessen auch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) haben die Höchstmenge für diese Chemikalien, die noch nicht gesundheitsgefährdend ist, drastisch abgesenkt. Die neuen maximalen wöchentlichen Aufnahmemengen liegen für PFOA um den enormen Faktor 1.750 niedriger als die bisherigen Werte (von 10.500 Nanogramm pro Kilo Körpergewicht pro Woche auf 6 Nanogramm). Die Höchstmenge für PFOS wurde immerhin um den Faktor 81 verringert.

"Die neuen Höchstwerte zeigen überdeutlich, mit was für gefährlichen Umweltgiften wir es hier zu tun haben. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste Priorität haben. Die verantwortlichen Minister Glauber und Huml müssen jetzt handeln!", erklärt der SPD-Umwelt- und Verbraucherschutzexperte **Florian von Brunn**. "Für zahlreiche Menschen und Gebiete muss das Risiko bei der Aufnahme dieser Stoffe völlig neu bewertet werden. Ich gehe davon aus, dass es neben den bereits bekannten Risikogebieten in Altötting und Manching noch viele weitere Gebiete gibt, in denen die Menschen einer akuten Gefahr ausgesetzt sind."

Von Brunn fordert die Staatsregierung auf, die Bevölkerung umfassend über die Gefahren zu informieren und so schnell wie möglich geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen. Von Brunn hat bereits eine entsprechende [Anfrage](#) an die Staatsregierung gestellt. Man brauche Blutuntersuchungen, flächendeckende Lebensmitteluntersuchungen auf PFC sowie Beratungsangebote für Betroffene. Besonders im Fokus sollten dabei neben dem Chemiedreieck Altötting die Militärstandorte in Bayern stehen. "Bisher gab es nur an zwei der mindestens acht belasteten Bundeswehrstandorten in Bayern Untersuchungen", erklärt von Brunn. "Und das, obwohl die Gefahr schon seit vielen Jahren bekannt ist. Staatsregierung und Behörden sollten endlich anfangen, ihren Verpflichtungen zum Schutz der Bevölkerung wirklich nachzukommen!"

Hintergrund: PFOA und PFOS können nach zahlreichen wissenschaftlichen Studien unter anderem Herz- und Kreislauferkrankungen auslösen, den Impfschutz bei Säuglingen und Kleinkindern außer Kraft setzen und Krebs auslösen.

Die Stellungnahme des Bundesamtes für Risikobewertung (BfR) finden Sie [hier](#).